

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 19.05.2021
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am
Schelmenbusch, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Frau Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Joachim Karcher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Peter Kiesinger

Herr Nicki Konstandin

Herr Steffen Langendörfer

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

SPD

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Thomas Guthmann

Herr Andreas Hartmann

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Sarah Esaias
Herr Joachim Guthmann
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige

Petra Schippalies zu Top 5

Stellvertreter/-in

Herr Simon Müller

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer entschuldigt

SPD

Herr Jens Walch entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Sabine Kronenwett entschuldigt

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten zur Sanierung der „St. Barbara Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/1111/2021
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über die Sanierungsarbeiten in der evangelischen Kindertagesstätte Karlsbad-Spielberg**
Vorlage: 60/1124/2021
- 5 **Beratung und Beschlussfassung zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Gartenstraße" in Karlsbad-Ittersbach**
Vorlage: 60/1102/2021

- 6 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Im
Stöckmädle 18
Antrag auf Ausnahmen: Nutzungsänderung zum Ärzte-
haus mit Betriebswohnung
Grundstück: Im Stöckmädle 18, Ittersbach, Flst.Nr. 5775
Vorlage: 60/1126/2021**
- 7 **Beratung und Beschlussfassung zur Ausschreibung
Umbau weiterer stationärer Messanlagen und Lieferung
eines weiteren Messgerätes
Vorlage: 10/1115/2021**
- 8 **Information zu Bürgertests, Testungen Schüler und Kin-
dergärten sowie Beschlussfassung zur Übertragung der
Corona-Soforthilfemittel in das Budget Katastrophen-
schutz und Genehmigung zur Budgetüberziehung in Hö-
he der Erstattungsleistungen aufgrund Zeitversatz der
Erstattungen
Vorlage: 10/1128/2021**
- 9 **Genehmigung von Protokollen**
- 10 **Verschiedenes**
- 11 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 11.5.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 27 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 12.05.2021 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen, Rädle Roland , Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 **Bekanntgaben**

Der Vorsitzende informiert das Gremium, dass in Karlsbad die Fälle COVID 19 auf 18 zurückgegangen seien und – wie vermutet – das Infektionsgeschehen hauptsächlich aus dem familiären Bereich kam. Wie in den meisten Gemeinden in Baden-Württemberg sei die Entwicklung auch in der Region sehr positiv. Die Inzidenz liege in der Stadt Karlsruhe bei 63,4 und im Landkreis bei 72,3. Momentan sei allerdings das Wetter noch nicht so gut, dass auch durch mehr Aufenthalt im Freien die Zahlen noch schneller zurückgehen könnten. Die mobilen Impfteams seien soweit in ihrer Arbeit durch und insgesamt sei alles gut gelaufen. Man habe 140 Dosen des Präparates Johnson und Johnson verimpft und parallel können in der Aula und der Beckerhalle eine große Anzahl von Personen von der Hausärztin Dr. Rohrer und der Praxis Herter geimpft werden. „Wir hoffen, mit den mobilen Impfteams auch bei den Zweitimpfungen möglichst schnell durchzukommen“, so der Vorsitzende weiter. Er bedankt sich bei dem mobilen Impfteam und den Helfern für die Arbeit. Aus der Bevölkerung habe man viel positive Resonanz erfahren. In nächster Zeit seien jetzt keine solchen Impfkationen mehr geplant, unter anderem seien die Hausärzte hier gefragt und werden vermutlich von der Resonanz „erschlagen“. Man hoffe, dass der Impfstoff jetzt auch in den Impfzentren komme. Diese hätten eine Kapazität von 2.000 Personen pro Tag und könnten momentan nur 1.000 Personen impfen, da zu wenig Impfstoff vorhanden ist. Die Intensivkapazitäten entspannten sich ebenfalls. Man hoffe ferner, das Schwimmbad baldmöglichst öffnen zu können und auch auf eine einfachere Lösung bezüglich des Testverfahrens dazu. Derzeit werde ein Hygienekonzept für das mögliche Öffnen der Hallen nach Pfingsten zusammen mit den Vereinen erarbeitet. „Vielleicht kommen wir unter die 50-er-Inzidenz“, so der Vorsitzende. Die weiteren Lockerungsschritte werde man auf der Webseite der Gemeinde aktuell bekannt geben.

Sanierung Schulzentrum

Der Vorsitzende führt aus, dass 57 Prozent der Vergaben getätigt und 8,5 Millionen Euro der Gesamtsumme in Anspruch genommen sei. Momentan habe man noch eine Reserve von 180.000 Euro. Irgendwann werde die Gemeinde die Problematik der schwieriger werdenden Materialbeschaffung auf dem Bau zu spüren bekommen.

Folgende Gewerke seien von der Projektgruppe Sanierung Schulzentrum Karlsbad vergeben worden:

- a) Trockenbauarbeiten 4.TA: Fa. Apleona R&M Ausbau GmbH, Schönaich zum Preis von 468.026,64 Euro (Kostenberechnung 445.234,33 Euro).
- b) Gußasphaltestrich: Fa. Achatz GmbH, Mannheim zum Preis von 214.351,67 Euro (Kostenberechnung 258.170,50 Euro).
- c) Tischlerarbeiten 4.TA: Fa. Binsch GmbH, Ostfildern zum Preis von 220.884,60 Euro (Kostenberechnung 287.093,45 Euro).
- d) Elektroinstallation 3.TA: ASE Armin Straub, Karlsruhe zum Preis von 275.738,33 Euro (Kostenberechnung 149.742,87 Euro).

- e) Elektroinstallation – Brandmeldeanlage: Sauter Elektrotechnik GmbH & Co.KG, Bretten zum Preis von 22.603,84 Euro (Kostenberechnung 41.565,12 Euro).
- f) Metallbau- und Stahlbauarbeiten 1.TA: Fa. Mössinger GmbH, Pforzheim zum Preis von 206.268,06 Euro (Kostenberechnung 198.000 Euro).

Sitzung EDV-Sonderausschuss vom 26.04.2021

Ausschreibung, Beauftragung und Umsetzung Austausch Kopiersysteme und Leasing/Miete auf 60 Monate (erfolgt)

Ausschreibung Austausch Server und Storageumgebung und Leasing auf 60 Monate

Ausschreibung Austausch Netzwerkschwitches und Leasing auf 60 Monate

Die Information der Mitglieder des EDV-Sonderausschusses in den Fraktionen sei sicherlich schon erfolgt bzw. wird noch erfolgen. Als „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ liefen die Vorhaben, so der Vorsitzende, in seinem Zuständigkeitsbereich.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Seniorenbeirat

GR Roland Rädle (CDU) erkundigt sich, ob in absehbarer Zeit vorgesehen sei, die Seniorenbeiräte neu zu bestellen – deren Bestellungszeitraum sei abgelaufen. Der Vorsitzende sagt, dass das Thema bekannt sei und die Verwaltung sich darum kümmern werde. Die Gemeinde arbeite in diesem Bereich auch an dem Projekt „Gutes Älterwerden“. Pandemiebedingt bittet er bei dem Thema um etwas Geduld.

2.2 Kindergarten-App

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) fragt nach der Kindergarten-App und hat weitere Fragen zu den neuen Kopierern der Gemeindeverwaltung. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner sagt, dass er sich die Unterlagen zur App durchlesen wolle um das Thema zu klären. Er beantwortet die Fragen zu den Kopierern.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten zur Sanierung der „St. Barbara Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach Vorlage: 60/1111/2021

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und sagt, dass die Mauer bereits im Jahr 2020 saniert worden sei. Testweise sei derzeit eine Einbahnstraßenregelung eingerichtet. Radfahrer könnten in beide Richtungen fahren. Bisher habe es dazu keine Rückmeldungen aus der Bevölkerung gegeben. Bei den jetzt weiter vorgesehenen Bauarbeiten habe man ein tolles Ausschreibungsergebnis erreicht.

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält Sachvortrag und erläutert, dass die Straßenbauarbeiten 2019 gestartet seien. Nach der Mauer gehe es jetzt um die Ausschreibung der restlichen 4 Bauabschnitte. Als durchgängiger Bauzeitraum sei Mitte Juni bis Ende November vorgesehen. Man habe sehr günstige Preise erzielen können. Eine Besonderheit der Baumaß-

nahme sei, dass im zweiten Los Arbeiten für das eventuelle Verlegen einer Gasleitung mit ausgeschrieben seien. Diese Leistung werde die GVP bezahlen wenn sie ausgeführt wird. GR Günter Denninger (CDU) erkundigt sich nach den Kosten für das begleitende Büro und wer diesen zugestimmt habe. Die Kosten betragen laut Ortsbaumeister Ronald Knackfuß ca. 18 Prozent der Baukosten. Die Werte seien in der HOAI definiert. Der Vorsitzende ergänzt, dass die Auswahl des Büros wie üblich in den Gremien beraten und besprochen worden sei. GR Roland Rädle (CDU) meint, dass das Thema das Gremium schon seit 2009 beschäftige. GR Günter Höger (Freie Wähler) erkundigt sich nach dem Verfahren zur Info der Anlieger. Knackfuß antwortet, dass diese nach Absprache mit der Firma wie üblich durchgeführt werde. Auf eine Nachfrage von Höger zu einem Verkehrsspiegel im Bereich Keltenstraße / St. Barbara-Straße meint Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner, dass dieser aus Sicht der Verwaltung nicht zu empfehlen sei, er zeige das Verkehrsgeschehen verzerrt und werde auch von den Autofahrern nicht richtig akzeptiert. Markierungen seien hier besser geeignet. GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) fragt, ob man die Richtung der Einbahnstraßenregelung für den Test auch umdrehen könne. Kleiner sagt, dass man zu der jetzigen Regelung keinerlei Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten habe- weder positiv noch negativ-, was darauf hindeute, dass diese keine Verwirrung bereite. Der Vorsitzende ergänzt, dass er eher beim Umdrehen der Richtung mit Problemen rechne. Auch im Gemeinderat sei dies nicht gewünscht. Auf jeden Fall sollen Radfahrer in dem Bereich dauerhaft in beide Richtungen fahren können. Auf eine diesbezügliche Anmerkung von GR Günter Denninger (CDU) sagt Kleiner, dass er nicht mit mehr Verkehr über die Keltenstraße rechne sondern eher mehr über die Jahn- und Goethestraße. GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) sieht eine größere Belastung für die Goethestraße. Es gebe, den Wunsch nach einer weiteren Erschließungsstraße, das sei ein Gedanke für die Zukunft.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Auftrag für die Tief- und Straßenbauarbeiten zur „Sanierung der St.-Barbara-Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Schempp GmbH & Co. KG, Karlsruhe, zu einem Bruttoendpreis von 526.901,45 € zu vergeben.

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über die Sanierungsarbeiten in der evangelischen Kindertagesstätte Karlsbad-Spielberg Vorlage: 60/1124/2021

Der Vorsitzende hält Sachvortrag. In der evangelischen Kindertagesstätte Spielberg seien immer wieder kleinere Arbeiten gemacht worden, jetzt gelte es, die Einrichtung auf den Stand der Dinge zu bringen. Wenn die Neubauten des Kindergarten Pestalozzi und der Kita Die kleinen Strolche umgesetzt seien, dann habe man alle Einrichtungen in Karlsbad abgearbeitet.

Man habe mit allen Beteiligten gesprochen und auch Vor-Ort-Termine durchgeführt. Dabei seien die Pläne etwas überarbeitet worden und der Bau- Planungs- und Umweltausschuss habe sich entschieden, die Kindertagesstätte nicht aufzustocken. Die Sanierung soll im bestehenden Gebäuderahmen erfolgen. Zurückgestellt wurde die Frage, ob der katholische

Kindergarten erweitert wird. Es soll zunächst abgewartet werden, ob ein Bedarf an mehr Gruppen – beispielsweise durch die Baugebietserschließung „Holderäcker II“ – entsteht. Die geplanten Kosten seien von knapp unter 500.000 Euro auf 585.000 Euro gestiegen. Geplant werde das Projekt vom Remchinger Architekturbüro Herbert Suedes. Die Arbeiten sollen noch in diesem Jahr beginnen.

Planungsgrundlagen

Der Vorsitzende führt aus, dass man Räume zusätzlich vergrößert und auch zahlreiche Heizkörper zu erneuern sind. Es gehe jetzt um ein ganzheitliches Konzept anstatt laufender Reparaturen. Dies ist für ihn der Ansatz der in den letzten Jahren konsequent verfolgt wurde. Im Untergeschoss (UG) sind folgende Anpassungen geplant: Im Bewegungsraum/Schlafrum im Ostflügel wird die Wand entfernt und durch tragende Stützen ersetzt. Daneben soll die WC-Anlage im Westen umgebaut und erweitert werden, sodass ein räumlich abgeschlossenes Kinder-WC für die Gruppe im UG entsteht. Der Bodenaufbau samt Fußbodenheizung muss in diesem Bereich komplett, sowie die Beleuchtung und Akustik im Zwischenbau erneuert werden. Im Erdgeschoss (EG) wird der Personalraum zur Flurzone hin erweitert. Bodenbelag, Unterdecke und Beleuchtung müssen ebenfalls erneuert werden. Das Parkett wird abgeschliffen und neu versiegelt. Zudem müssen mehr Fenster als ursprünglich geplant ersetzt werden. Die Kellertür im UG, der Zugang unter der Bibliothek, wird ausgetauscht. Im UG-Ausgang zum Innenhof muss das Pflasterpodest vor dem Eingang samt Entwässerungsrinne vertieft eingebaut werden. Weiterhin wird ein Stahlgitterrost zum Vermeiden von Überschwemmungen installiert. Die Elektrotechnik im Gebäude wird saniert. Die im Vergleich zu dem Kostenansatz erhöhten Kosten seien durch weitergehende Maßnahmen im Rahmen der Überprüfung durch die Fachplaner und Besprechung mit der Kita-Leitung und der Vor-Ort-Besichtigung entstanden.

Diskussion im Gremium

Ortsvorsteher Joachim Karcher (Freie Wähler) dankt der Verwaltung und spricht von einer zukunftsorientierten Lösung die allen Beteiligten dienen wird. Der Umbau sei ein lang gehegter Wunsch des Ortschaftsrates, der Eltern und der Kiga-Leitung. Der Sanierungszyklus der Kitas in den Ortsteilen komme so langsam zum Abschluss, sagt GR Roland Rädle (CDU). Er stimmt dem Umbau grundsätzlich zu. Die Kostensteigerung sei jedoch ein kleiner Wermutstropfen. GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass der Kindergarten 1956/1957 gebaut worden und eine Generalsanierung angebracht sei. Die Mehrkosten müssten getragen werden. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) stimmt dem Vorhaben mit den Umplanungen zu, sah allerdings auch die Kosten etwas kritisch. Ähnlich argumentiert GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste). Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man bisher wenn überhaupt in der Planungsphase von Bauvorhaben in Karlsbad Kostensteigerungen habe und nicht in der Bauphase. Zu diesem Zeitpunkt hat das Gremium die Möglichkeit jederzeit noch Dinge zu verändern oder Ausführungen zu streichen. Man werde auch hier hoffentlich, die Kosten in der Bauphase einhalten, wobei dies natürlich auch von der aktuellen Situation bei den Ausschreibungen bestimmt wird.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Sanierungsarbeiten sowie den erforderlichen Mehrausgaben in Höhe von ca. 95.000 € zuzustimmen.

Die zusätzlichen Mehrausgaben werden durch HH-Mittel bei der Erschließung des Baugebietes „Holderäcker“ gedeckt. Diese sind im kommenden Haushalt wieder neu zu veranschlagen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 5 Beratung und Beschlussfassung zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Gartenstraße" in Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 60/1102/2021

Planerin Petra Schippalies nimmt auf der Verwaltungsseite Platz.

Joachim Guthmann erläutert, dass man bereits im Mai 2020 Gespräche mit den Eigentümern geführt habe und es auch im Bau- Planungs- und Umweltausschuss zu Änderungen in der Planung gekommen sei.

Schippalies hält Sachvortrag. Sie verweist u.a. auf die Abstimmungen mit den Eigentümern. Man habe daraufhin die Drehergasse vollständig in die Planung mit aufgenommen und die Baubereiche angepasst auf eine einheitliche Bautiefe von 20 Metern. Im hinteren Bereich soll nur eine Wohnnutzung zulässig sein. Man habe entschieden, alle Dachformen zuzulassen. Für einen gesteuerten Bebauungsumfang werden die zulässigen Gebäude mit einer Mindestgrundstücksgröße gekoppelt. Beim Thema Artenschutz gebe es keine besonderen Konflikte. Jetzt sollen die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden und nach der Sommerpause sei ein Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes das nächste Ziel. Generell, so der Vorsitzende, sei es sinnvoll nachzuverdichten.

GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) erkundigt sich nach der verkehrlichen Erschließung und sieht mögliche Platzprobleme in der Drehergasse. Der Vorsitzende sagt, wenn der Straßenraum frei sei, dann reiche der Platz aus.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sieht das grundsätzliche Problem, dass Festsetzungen in Bebauungsplänen in der Praxis nicht beachtet werden und kontrolliert werden müssten. GR Günter Denninger (CDU) sagt, dass er in der Friedrich-Speidel-Straße und der Martin-Luther-Straße auch Beispiele von nicht eingehaltenen Festsetzungen bemerkt habe. Es sei wichtig, zu kontrollieren. Der Vorsitzende sagt, dass grundsätzlich angenommen wird, dass die Regelungen von den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt werden. Es sei allerdings nicht alles kontrollierbar, dafür fehle das Personal. Wenn der Gemeinderat zusätzliches Personal genehmige, dann könne man hier verstärkt kontrollieren. Die Gemeindeverwaltung reagiere auf jeden Fall, wenn etwas bemerkt bzw. gemeldet werde.

GR Peter Kiesinger (CDU) sieht die Flachdächer als optisch störend. Guthmann sagt, dass der Gesetzgeber die Dachform jedoch nicht als Beurteilungsfaktor für das Einfügen einer Bebauung in die Umgebung sehe. Im Gebietsbereich entlang der Gartenstraße wurden bereits Flachdächer zugelassen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle den beigegeführten Planentwurf zum Bebauungsplan „Gartenstraße I“ billigen, und die Verwaltung mit der Durchführung der Offenlage nach § 3 Abs. 2 sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB beauftragen.

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Im Stöckmädle 18
Antrag auf Ausnahmen: Nutzungsänderung zum Ärztehaus mit Betriebs-
wohnung
Grundstück: Im Stöckmädle 18, Ittersbach, Flst.Nr. 5775
Vorlage: 60/1126/2021

Der Vorsitzende sagt, dass das Gebäude den Gemeinderat schon oft beschäftigt habe. Die vorgestellte Konzeption als Ärztehaus mit Betriebswohnung und Tagespflege komme dem Ziel, die Ärzteversorgung in Karlsbad sicherstellen, entgegen. Die Gemeinde sei nicht mehr in einer „glücklichen Ärztelage“, mit der Konzeption könnten auch junge Ärzte sich in Karlsbad ansiedeln. Joachim Guthmann hält Sachvortrag. Das Areal sei zum Teil als Mischgebiet und im Bereich des Baukörpers als Gewerbegebiet ausgewiesen. Im Gegensatz zu den früheren Nutzungsvarianten sei bei der jetzt vorgestellten Konzeption keine Bebauungsplanänderung notwendig. Sie sei bebauungsplanrechtlich ausnahmsweise zulässig, da es sich um eine Nutzung für gesundheitliche Zwecke handelt. Das Baurechtsamt habe eine Baugenehmigung für diese Konzeption in Aussicht gestellt für den Fall, dass sie vom Gemeinderat nicht verändert wird.

Im Gemeinderat wird das Vorhaben rundweg begrüßt. GR Jürgen Herrmann spricht von einer Konzeption zum „Wohle von Karlsbad“. GR Roland Rädle (CDU) bewertet es als eine mehr als positive Entwicklung, dass neben der Funktion von Karlsbad als Bildungszentrum jetzt auch das Standbein Gesundheitszentrum gestärkt werde. Die Nutzung passe in das Gebäude und der Bebauungsplan müsse nicht geändert werden. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) signalisiert Zustimmung, GR Reinhard Haas (SPD) befürwortet das Vorhaben ebenfalls; alles, was das Gewerbegebiet stärke, sei gut. Als eine bereichernde und Ärzte anlockende Konzeption bewertet GR Björn Kornmüller (FDP / Liberale Liste) das Vorhaben. GRin Heike Christmann (Freie Wähler) sieht es ebenfalls positiv, allerdings wäre es gut, wenn in dieses Objekt keine Apotheke hineinkäme. Die jetzige Apotheke im Innenort soll dort verbleiben.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinkommen zur beantragten Nutzungsänderung zum Ärztehaus mit Betriebswohnung unter Zustimmung der ausnahmsweise nach § 8 BauNVO zulässigen Nutzungen als Anlage für gesundheitliche Zwecke sowie der betriebsbezogenen Wohnnutzung im DG erteilen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung zur Ausschreibung Umbau weiterer stationärer Messanlagen und Lieferung eines weiteren Messgerätes
Vorlage: 10/1115/2021

Hauptamtsleiter Bendikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage.

In Karlsbad gebe es 20 Messstellen (an 10 Örtlichkeiten) mit Induktionsschleifen in der Fahrbahn. Diese seien teilweise verschlissen, nicht mehr oder nur noch bedingt einsatzbereit und verursachten hohe Instandsetzungs- bzw. Wartungskosten.

Der Gemeinderat habe grundsätzlich beschlossen, diese 20 Messstellen sukzessive umzubauen und auf Laser-Messtechnik umzurüsten sowie Messgeräte zu beschaffen. Mit der neuen Messtechnik könnten an den 10 Standorten jeweils beide Fahrtrichtungen überwacht werden.

Im Jahr 2020 wurden zwei Messgeräte beschafft und zwei Messstellen umgebaut: Ittersbach, Pfinztalstraße (bei Obere Grabenäcker) und Mutschelbach, Waldenserstraße (beim Sportplatz). Weiterhin wurde ein Messgerät beschafft und drei Messstellen umgebaut: Auerbach, Hailerstraße (bei Gasthaus Hirsch), Langensteinbach, Spielberger Straße (beim Freibad) und Spielberg, Enzstraße (bei der Turmbergstraße).

Im laufenden Jahr sollen ein Messgerät beschafft und weitere drei Messstellen umgebaut werden: Auerbach, Hailerstraße (aus Richtung Ellmendingen), Langensteinbach, Pforzheimer Straße (aus Richtung Auerbach) sowie Ittersbach, Lange Straße (aus Richtung Langenalb). Das Projekt werde beschränkt ausgeschrieben.

Im Jahr 2022 wäre somit noch ein Messgerät zu beschaffen und folgende zwei Messstellen umzubauen, um den Ersatz aller stationärer Messanlagen abzuschließen: Mutschelbach, Waldenserstraße (aus Kleinsteinbach) und Ittersbach, Weilermer Straße (aus Langensteinbach).

Am Ende der Umbauphase seien 10 Messsäulen (die jeweils zwei Fahrtrichtungen überwachen) und fünf Messgeräte (können in den Messsäulen beliebig getauscht werden) im Einsatz. Im Doppelhaushalt 2021/2022 seien folgende Mittel eingestellt: 2021 – 165.000 Euro und 2022 – 125.000 Euro. Die Haushaltsmittel sollten, so Kleiner, voraussichtlich ausreichen. Die genauen Kosten ergeben sich allerdings erst aus der notwendigen (beschränkten) Ausschreibung. Die weitere Ausschreibung (zum Umbau der letzten beiden Örtlichkeiten in 2022) soll dann zum Jahresende erfolgen, wobei die Umsetzung in 2022 geplant sei.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Mitglieder des Gemeinderates werden gebeten der geplanten Vorgehensweise zuzustimmen und die beschränkte Ausschreibung (ohne Teilnahmewettbewerb) zum Umbau der drei weiteren stationären Geschwindigkeitsmessstellen und zur Lieferung eines weiteren Messgerätes zu beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 8 Information zu Bürgertests, Testungen Schüler und Kindergärten sowie
Beschlussfassung zur Übertragung der Corona-Soforthilfemittel in das
Budget Katastrophenschutz und Genehmigung zur Budgetüberziehung in
Höhe der Erstattungsleistungen aufgrund Zeitversatz der Erstattungen
Vorlage: 10/1128/2021**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält einen Sachvortrag Bereits seit Jahresanfang habe man als eine der ersten Gemeinden Tests beschafft. Die Gemeinde erwerbe neben den Tests für die Corona-Teststelle in der Aula auch Tests für die Testung der Schüler, Lehrer, Erzieher/innen in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, Tageseltern und Mitarbeiter. Aufgrund der Vorgaben werden hier – so Kleiner - bei den vorgeschriebenen 2 Tests pro Woche insgesamt ca. 6.100 Tests pro Woche benötigt. Für die (freiwillige) Testung der Kindergartenkinder werden ca. 1.450 „Lolli“-Tests pro Woche benötigt. Aus dieser Gesamtzahl von rd. 7.500 Tests pro Woche ergeben sich Kosten bei derzeit rd. 4,00 Euro pro Test in Höhe von rd. 30.000 Euro pro Woche, also rd. 130.000 Euro pro Monat. Es handle sich hier um „Tagespreise“ die variabel je nach Angebotslage seien. Derzeit sinken die Preise. Allerdings wisse man nicht, wann welche Tests in welchen Mengen seitens des Landes kommen, das sei eine unbefriedigende Situation, der man aber durch die Eigenbeschaffungen entgegen wirke. Bisher habe man noch keine Probleme bei der Testversorgung gehabt- dank den Eigenbeschaffungen. Während bei den Schülertests eine kostendeckende Erstattung zugesagt ist, verblieben die Kosten der freiwilligen Testung bei den Kindern in den Kindergärten und für die Mitarbeiter in der Verwaltung. Dazu kommen auch die „Nebenkosten“ der Testungen (Schutzausrüstung, Handschuhe, Desinfektionsmittel, etc) zu Lasten der Gemeinde. Die Tests im Testzentrum werden ebenfalls vergütet. Hier werde auch noch eine Pauschale für das Durchführen der Tests übernommen, was eine Kostendeckung für die Teststelle – auch unter Berücksichtigung der anfallenden Kosten für ehrenamtliche Tätigkeit und der Sachkosten - bedeute. In Summe könne von einer Kostendeckung mit rd. 80 % gerechnet werden. Wie lange die Tests noch verpflichtend bleiben bzw. zu welchem Zeitpunkt diese sich aufgrund des Impffortschrittes reduzieren und in welchem Umfang sei derzeit noch nicht absehbar. Man hoffe aufgrund des großen Finanziellen, aber auch logistischen Aufwandes der hohen Arbeitsaufwand erzeuge auf ein baldiges Ende bzw. Entspannung in diesem Bereich.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1. Der Gemeinderat nimmt den mündlichen Bericht zu den Bürgertests, sowie Testungen Schüler und Kindergärten zur Kenntnis
2. Der Gemeinderat beschließt die Bereitstellung der Corona-Soforthilfemittel (Tranche 1-3) im Budget Katastrophenschutz 310.665 €. Sowie, da mit einem Zeitversatz von rd. 3 Monaten bis zur 80%igen Erstattung der Tests zu rechnen ist, dass das Budget in Höhe der Erstattungsleistung ohne Mittelprüfung für diesen Zeitraum überzogen werden darf und das Budget umgestellt wird, damit Mehrerträge zu Mehraufwendungen berechtigen.

Zu 1: zur Kenntnis genommen

Zu 2: Einstimmig beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 9 Genehmigung von Protokollen

Es wird kein zu genehmigendes Protokoll vorgelegt.

zu 10 Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert über Verkabelungsarbeiten und dem damit verbunden Abbau von Dachständern und Freileitungen in Auerbach und Langensteinbach.

Die Gemeinde habe für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen eine Zuwendung in Höhe von 361.000 Euro bei Gesamtkosten von 420.000 Euro erhalten.

zu 11 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson